



Presseschau vom 14.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Studie: Coronaviren verlieren nach 20 Minuten in der Luft 90 Prozent ihrer Infektionsfähigkeit**

In ersten realistischen Modellversuchen fanden britische Wissenschaftler heraus, dass SARS-CoV-2-Viren innerhalb von 20 Minuten, nachdem sie ausgeatmet wurden, 90 Prozent ihrer Infektionsfähigkeit verlieren. Die Ausbreitung findet demnach vor allem über kurze Distanzen statt. ...

<https://kurz.rt.com/2s77>

Rainer Rupp: **Blinkens Lügengeschichten – Ein starkes Stück, selbst für die US-Cowboy-Diplomatie**

Bei den russisch-amerikanischen Sicherheitsgesprächen in Genf hatte Washington offensichtlich keine guten Argumente. Stattdessen haben Top-US-Regierungsvertreter ihren Mangel an realer Substanz mit einer Aneinanderreihung von Lügengeschichten zu kompensieren versucht. ...

<https://kurz.rt.com/2s66>

abends/nachts:

de.rt.com: **Kasachischer Präsident kündigt nach Massenunruhen umfassende politische**

Reformen an

Als Reaktion auf die Massenproteste, die zum Einsatz der OVKS-Friedenstruppen geführt hatten, hat der kasachische Präsident umfassende politische Reformen angekündigt. Außerdem verpflichtete er große Unternehmen, Einzahlungen in einen neu gegründeten Sozialfonds zu machen.

Nach den Massenunruhen im ganzen Land hat der kasachische Präsident Kassym-Jomart Tokajew umfassende politische Reformen angekündigt. Das Reformpaket soll die Regierung bis September 2022 vorstellen. Vor allem werden die Änderungen das Wahlsystem in Kasachstan betreffen. Außerdem sei die Regierung dem Staatschef zufolge bereit, den Ansatz zum Schutz von Eigentumsrechten, zur Bewertung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen und zur Verteilung von Sozialleistungen zu überdenken. Tokajew wörtlich:

"Das Reformpaket wird auf der Grundlage eines umfassenden und konstruktiven Dialogs mit der Zivilgesellschaft und Experten vorbereitet. Der Staat muss auch die vollständige und qualitativ hochwertige Erfüllung seiner Grundfunktionen sicherstellen."

Als Reaktion auf die Proteste und Forderungen der Demonstranten hatte der Präsident zudem eine Erhöhung der Gehälter von Regierungs- und Parlamentsbeamten für die nächsten fünf Jahre eingefroren. Diese seien schon hoch genug, bemerkte der Staatschef während seiner Rede an die Parlamentsabgeordneten.

Große Unternehmen und Superreiche werden jetzt verpflichtet, Einzahlungen in einen Sozialfonds zu machen, der im Auftrag des Präsidenten gegründet werden soll. Der Fonds soll sich mit den Fragen der Gesundheitsversorgung, Bildung und der Sozialhilfe beschäftigen und könne nach Ansicht Tokajews zu mehr Solidarität der Gesellschaft beitragen und das Gefühl der sozialen Gerechtigkeit in Bürgern verstärken. Der Präsident deutete außerdem den Beginn eines großangelegten Kampfes gegen Schattenwirtschaft an:

"Ich erwarte außerdem eine aktive Teilhabe seitens der Personen, die faktisch über große Mitteln verfügen, aber sich im Schatten befinden."

Zu Jahresbeginn waren in Kasachstan wegen erheblicher Preisanstiege bei Flüssiggas, das im Land weitgehend als Treibstoff verwendet wird, massive Proteste ausgebrochen. In einigen Städten kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Der Präsident löste als Reaktion darauf die Regierung auf und führte für 180 Tage eine staatliche Lenkung der Preise für Benzin, Diesel und Flüssiggas ein. Trotzdem gelang es den kasachischen Sicherheitskräften nicht, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Am 5. Januar bat Präsident Tokajew die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) um die Entsendung kollektiver Friedenstruppen nach Kasachstan. Diese sollten für eine begrenzte Zeitperiode zur Stabilisierung der Lage im Land eingesetzt werden. Am Donnerstag begann der Abzug der OVKS-Friedenstruppen aus Kasachstan. Die Organisation erklärte ihre Mission für erledigt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e04ac1b480cc0cdb5a864d.jpg>

de.rt.com: **Hisbollah und Saudi-Arabien steuern auf Konfrontation zu – weitere Proteste in Beirut geplant**

Die Hisbollah veranstaltet eine Konferenz für saudische Oppositionelle, um damit das ölreiche Königreich zu provozieren. Während sich die Wortgefechte zwischen der Hisbollah und Saudi-Arabien verschärfen, reißen die Meldungen über wirtschaftliche Missstände in Libanon nicht ab. In Libanon brach am Wochenende das komplette Stromnetz zusammen, die Gewerkschaften der Verkehrsbetriebe haben bereits zu Protesten aufgerufen.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Wortgefechte zwischen Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah und dem saudischen Botschafter Walid Buchari in Beirut veranstaltete die Hisbollah-Bewegung am Mittwoch in ihrer Hochburg südlich von Beirut eine Konferenz für saudische Oppositionelle, um damit das ölreiche Königreich zu provozieren.

Die Versammlung fand statt, während die libanesische Regierung versucht, die Beziehungen zu Saudi-Arabien zu verbessern, die im Oktober 2021 einen neuen Tiefpunkt erreicht hatten.

Das Königreich rief Ende Oktober seinen Botschafter aus Beirut zurück und verbot alle Importe aus Libanon. Dem vorausgegangen war eine Kritik des libanesischen

Informationsministers George Kordahi an dem saudischen Militäreinsatz in Jemen.

Der Hisbollah-Chef warf nun Anfang Januar in einer Rede Saudi-Arabien Terrorismusexport vor, und er machte Saudi-Arabien für die Entsendung saudischer Selbstmordattentäter nach Syrien und in den Irak, sowie für den Krieg im Jemen verantwortlich. Der libanesische Ministerpräsident Nadschib Mikati distanzierte sich prompt von Nasrallahs Äußerungen. Der saudische Botschafter in Libanon, Buchari, reagierte auch unmittelbar nach Nasrallahs Rede mit einem Tweet, in dem er die Kommentare des Hisbollah-Führers als "Lügen, die nicht im Dunkeln verborgen bleiben" bezeichnete.

An der Konferenz am Mittwoch nahmen saudische Oppositionelle sowie Mitglieder der von Iran unterstützten Ansarullah-Bewegung (Huthi-Milizen) im Jemen teil. Sie sollte an den Todestag des einflussreichen saudischen Schiiten-Geistlichen und Bürgerrechtlers Nimr al-Nimr erinnern, der im Januar 2016 bei einer Massenhinrichtung in dem Königreich zusammen mit 47 Menschen hingerichtet wurde. Al-Nimr war ein ausgesprochener Regierungskritiker und einer der wichtigsten Anführer der schiitischen Proteste im Osten Saudi-Arabiens im Jahr 2011, die mehr Rechte in dem mehrheitlich sunnitischen Königreich forderten.

Der in Beirut ansässige saudische Aktivist Ali Hashem sagte gegenüber The Associated Press, dass Regierungskritiker jährlich des Jahrestages der Ermordung von Al-Nimr gedenken. Auf die Frage nach dem Ziel seiner Teilnahme an der Veranstaltung antwortete er: "Um das saudische Regime zu stürzen." Kurz nach der Veranstaltung ließ der saudische Botschafter im Libanon verlauten, dass die "schmerzliche Wahrheit" sei, dass die Hisbollah über den libanesischen Staat hinweg agiere.

Während sich die Wortgefechte zwischen der Hisbollah und Saudi-Arabien verschärfen, reißen die schlechten Meldungen über die Wirtschaftslage in Libanon nicht ab. Gleichzeitig stehen in dem Land am 15. Mai Parlamentswahlen an. Der Wechselkurs der Landeswährung erreichte zu Jahresbeginn einen weiteren Tiefststand: Für einen US-Dollar waren auf dem Schwarzmarkt 30,00 libanesische Pfund zu zahlen. Das Land kämpft unter anderem mit Benzin- und Medikamenten-Engpässen sowie landesweiten Stromausfällen.

Darüber hinaus machten kürzlich Berichte die Runde, dass die Gewerkschaften der Verkehrsbetriebe zu Protesten aufgerufen hätten. Libanesische Lkw- und Busfahrer blockierten am Donnerstag Straßenkreuzungen in Beirut, aus Protest gegen die Wirtschaftskrise. Der Verkehr kam Berichten zufolge in weiten Landesteilen zum Erliegen. In Libanon brach am Wochenende auch das komplette Stromnetz zusammen. Der staatliche Energiekonzern EDL machte dafür regierungskritische Demonstranten verantwortlich. Zuvor hätten Randalierer eine wichtige Verteilerstation gestürmt und dort die Technik beschädigt.

Der Ausfall kam zu einem Zeitpunkt, wo stundenlange Stromausfälle ohnehin schon an der Tagesordnung sind. Präsident Michel Aoun hat bereits versucht, die zahlreichen Fraktionen und Interessengruppen für die Abhaltung einer nationalen Dialogkonferenz zu mobilisieren, aber die Gespräche sind bislang festgefahren und die Idee wurde nur von engen Verbündeten unterstützt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/thumbnail/61e00483b480cc503d3bc126.jpg>

de.rt.com: **Ukraine führt Übungen mit Luftabwehrsystemen in der Nähe der Krim durch**
Militärische Gruppen der ukrainischen Streitkräfte des Südens haben in der Nähe der Krim Übungen mit dem Fliegerabwehrlenkwaffensystem [Osa-AKM](#) durchgeführt. Das ukrainische Militär erklärte, dass die Übungen abgehalten wurden, um auf jede mögliche Aktion an der Grenze zur Krim vorbereitet zu sein.

Luftabwehreinheiten der Südgruppierung der ukrainischen Streitkräfte haben in der Region Cherson nahe der Grenze zur Krim den Einsatz des Luftabwehrsystems Osa-AKM trainiert. Dies teilte der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine am Donnerstag mit. In einem Facebook-Post hieß es:

"Die Flugabwehreinheiten der Streitkräftegruppe Süd in der Region Cherson haben eine Ausbildung an den Fliegerabwehrlenkwaffensystemen Osa-AKM durchgeführt."

Es wurde darauf hingewiesen, dass das Fliegerabwehrlenkwaffensystem ein leistungsstarkes automatisiertes militärisches Flugabwehrraketensystem ist, das dazu bestimmt ist, Kräfte und Mittel von Einheiten in allen Arten von Kampfhandlungen zu schützen. Zu den potenziellen Zielen des Komplexes gehören Drohnen, Hubschrauber, Flugzeuge und Bodengeräte. In dem Bericht wurde ein ungenannter Beamter der Streitkräftegruppe Süd mit den Worten zitiert:

"Das Fliegerabwehrlenkwaffensystem Osa-AKM ist geländegängig, kann durch Wasserhindernisse navigieren und verfügt über eine hohe Feuerkraft, die es ihm ermöglicht, eine Vielzahl von Zielen in einer Entfernung von bis zu zehn Kilometern zu zerstören, wobei Ziele in einer Entfernung von bis zu 45 Kilometern entdeckt werden können."

Es wurde betont, dass die ukrainischen Streitkräfte Übungen durchführten, um auf "jede mögliche Aktion" an der Grenze zur Krim vorbereitet zu sein.

Anfang Januar meldete der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte, dass in der Region Cherson Übungen zur Abwehr eines Panzerangriffs und eines Anflugs auf ukrainischem Territorium durchgeführt wurden.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e03c4db480cc0d22475244.jpg>

snanews.de: **Norwegen informiert Russland über geplante Nato-Manöver**

Das Operative Kommando der norwegischen Streitkräfte hat das Kommando der Nordflotte Russlands über Details der für März-April geplanten multinationalen Manöver Cold Response-2022 informiert, teilte die Pressestelle der Nordflotte am Donnerstag in Seweromorsk mit.

Der Befehlshaber des Operativen Kommandos, Generalleutnant Yngve Odlo, habe den Oberbefehlshaber der Nordflotte, Admiral Alexander Moissejew, bei einer planmäßigen Videoschaltz am Donnerstagabend von vorläufigen Übungsplänen der Streitkräfte des Königreichs Norwegen und einiger anderer Nato-Länder in Kenntnis gesetzt, hieß es. Oslo setzt auf maximale Transparenz der Manöver

Odlo zufolge halten die norwegischen Streitkräfte das von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 2011 in Wien angenommene Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und Sicherheit strikt ein und bauen auf maximale Transparenz groß angelegter Militärmanöver.

Moissejew bedankte sich bei Odlo für die Benachrichtigung und wünschte den norwegischen Militärs Erfolg bei der Übung. Der norwegischen Seite zufolge findet das Manöver in einigen Etappen statt, darunter im Europäischen Nordmeer sowie auf dem Festland im nördlichen und dem zentralen Teil Norwegens.

Plänen zufolge werden an dem Manöver Soldaten von etwa 28 Nato-Mitgliedsländern und Partnerstaaten – insgesamt knapp 40.000 Mann – teilnehmen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0d/4999896_0:174:3020:1873_1920x0_80_0_0_7af8e

[aaae784b3a9a9ff044d57c7bedb.jpg](https://www.aaae784b3a9a9ff044d57c7bedb.jpg)

vormittags:

de.rt.com: **Vučić: Serbien will nicht der NATO beitreten – Aufrüstung nur zur Verteidigung**

Serbien will nicht der NATO beitreten, erklärte der serbische Präsident Aleksandar Vučić in einem Interview mit dem Fernsehsender "RTS". Angesprochen auf die Aufrüstung des Landes, betonte Vučić, dass Belgrad eine starke Armee zur Landesverteidigung aufbauen wolle.

Im Westbalkan wird in den letzten Jahren verstärkt aufgerüstet. Laut Berichten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri lagen Kroatien und Serbien zuletzt mit Militärausgaben von rund 1 Milliarde Dollar jährlich an der Spitze der Region. Dem Institut zufolge hatte Serbien 2019 das Nachbarland und NATO-Mitglied bei den Investitionen in die Armee gar überholt. Demnach betrugen die Militärausgaben Belgrads damals 1,14 Mrd. Dollar, was einem Anstieg von 43 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprach.

Seitdem werden in der Region, vor allem seitens zahlreicher politischer und militärischer Analysten "Sorgen" diesbezüglich geäußert. Ein Grund dürfte sicherlich in der Tatsache liegen, dass Belgrads Rüstungsimporte in Verbindung mit Russland und China stehen. Vonseiten der US-Botschaft in Belgrad wurde Serbien bereits signalisiert, dass man mit dem Kauf russischer Waffen US-Sanktionen riskiere.

Belgrad besteht seit Jahren darauf, militärisch neutral bleiben zu wollen. Teil des Nordatlantikpakts ist das Land nicht. Nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens sind aber mehrere ehemalige Republiken – Slowenien, Kroatien, Montenegro und seit 2020 auch Nordmazedonien – NATO-Mitglieder geworden. Auch die abtrünnige serbische Provinz Kosovo, die sich 2008 einseitig für unabhängig erklärt hatte, strebt danach, Teil der transatlantischen Militärallianz zu werden.

Serbien wolle das nicht, wie der serbische Präsident Aleksandar Vučić jüngst erneut betonte. Obwohl laut zahlreichen jährlich durchgeführten Umfragen eine große Mehrheit der serbischen Bevölkerung einen NATO-Betritt stets ablehnt, gibt es immer wieder Diskussionen im Land darüber, ob sich Serbien aus geopolitischen Gründen nicht doch lieber der transatlantischen Militärallianz anschließen sollte.

In einem Interview mit dem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender RTS sprach Vučić auch die "Sorgen" der Nachbarländer wegen der höheren serbischen Militärausgaben und der Beschaffung neuer Waffen an. Man wolle die Streitkräfte des Landes modernisieren und die eigene Rüstungsindustrie wieder auf die Beine bringen, so der 51-Jährige. Eine starke Armee soll dabei lediglich zur Verteidigung des Landes aufgebaut werden, sagte der serbische Präsident.

Auf den Hinweis hin, dass sich unter anderem Kroatien über die serbischen Waffenkäufe besorgt gezeigt habe, antwortete Vučić:

"Sie haben das Recht, sich Waffen zu beschaffen, weil sie NATO-Mitglieder sind, während wir – eine freie, neutrale Nation – uns nicht verteidigen können? Was ist es, das Ihnen nicht gefällt? Wir kaufen nur Verteidigungswaffen, keine Angriffswaffen."

Erst kürzlich geäußerte Anmerkungen aus der US-Botschaft in Belgrad nannte Vučić "überraschend". Seitens der diplomatischen Vertretung der Vereinigten Staaten in Serbien war Medienberichten zufolge jüngst vernommen worden, dass man, wenn man Serbiens Nachbarland sei, sich die Frage stellen würde, warum sich Serbien bewaffne. Laut Vučić greife diese Aussage in die "souveränen Rechte eines Staates" ein. Zumal Belgrad mit der bisherigen Aufrüstung gegen keinerlei Abkommen verstoßen habe.

Demnach sei die Armee in den Jahren nach 2000 und nach dem politischen Wechsel im Land bis 2012 stetig "zerstört" worden, nur um "aus den westlichen Botschaften Schulterklopfen zu

bekommen." Die Streitkräfte würden nun seit Jahren wieder aufgebaut, weil man eine starke Armee haben wolle. Serbiens Militär müsse stark sein, damit der Frieden geschützt werde, so Vučić weiter. Zudem betonte er, dass Belgrad niemals Militäroperationen gegen das serbische Volk zulassen werde.

Für Kritik dürfte gleichfalls der Umstand sorgen, dass Belgrad seine Rüstungseinkäufe auch mit Russland und China abwickelt. Laut Vučić habe Belgrad auch "deutsche Waffen kaufen (wollen), wie etwa Gewehre von Heckler und Koch", doch Deutschland wollte nicht. Derweil würde Kroatien aber etwa 16 Panzerhaubitzen aus Deutschland kaufen.

Russland liefert im Rahmen seiner Militärhilfe Ausrüstung an Serbien. Moskau hat Belgrad bereits 30 T-72MS-Panzer, 30 gepanzerte BRDM-2MS-Fahrzeuge und das Panzerabwehrraketensystem Kornet zur Verfügung gestellt. Es wird erwartet, dass Serbien auch das fortschrittliche russische System Panzir-S1M kaufen wird.

Russland hat Serbien zwischen 2018 und Februar 2020 im Rahmen der Militärhilfe vier Mil Mi-35M Hubschrauber, sechs MiG-29-Kampfflugzeuge, zehn BRDM-2-Fahrzeuge, drei Mil Mi-17V-5-Hubschrauber und die Pantsir-S1-Systeme geliefert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dfe981b480cc506b2336f5.jpg>

snanews.de: Lawrow: Situation mit Nord Stream 2 wirft Licht auf Abhängigkeit Deutschlands von USA

Nach Ansicht des russischen Außenministers Sergej Lawrow hat die Situation mit den USA und der Gaspipeline Nord Stream 2 die fehlende Freiheit Deutschlands in der eigenen Wirtschaft offenbart.

In dieser Frage gehe es nicht um die Wahlfreiheit der Bündnisse, sondern schlicht „um die Freiheit, eine gewöhnliche kommerzielle Tätigkeit auf den internationalen Märkten durchzuführen“, sagte der Minister mit Blick auf den Einfluss der Vereinigten Staaten auf Deutschland in Bezug auf die Pipeline.

„Deutschland hat eben, wie es sich herausstellt, keine Freiheit (...) bei der Durchsetzung seiner wirtschaftlichen Interessen“, zeigte sich Lawrow überzeugt.

Dem Außenminister zufolge lässt sich die Doppelmoral „genau unter solchen Umständen“ besonders deutlich verfolgen.

Borrells Bedingungen für Inbetriebnahme von Nord Stream 2

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, der Russland im Falle einer Eskalation rund um die Ukraine „massive Konsequenzen“ und „hohe Kosten“ in Aussicht stellt, nahm bei einem informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister in Brest zur Inbetriebnahme der Pipeline Stellung.

So werde das Funktionieren des Nord Stream 2-Projekts „von der Entwicklung der Situation um die Ukraine“ und „der Haltung Russlands“ abhängen, schreibt Reuters mit Verweis auf

den EU-Politiker.

„Es ist nicht vorstellbar, dass wir einerseits über das Verhängen von Sanktionen (gegen Russland – Anm. d. Red.) – nur für den Fall der Fälle – diskutieren und andererseits diese Infrastruktur öffnen. Das hängt natürlich mit der militärischen Situation in der Ukraine zusammen“, erklärte er.

Sollte Russland doch deeskalieren, läge die Entscheidung über die Eröffnung der Pipeline in den Händen der deutschen und der europäischen Regulierungsbehörden, fügte Borrell hinzu. Zuvor hatte er darauf hingewiesen, dass das Projekt erst gestartet werde, wenn die Regulierungsbehörden in Deutschland und der EU der Inbetriebnahme des Projekts zustimmen würden.

Nord Stream 2

Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen der Pipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. Die beiden Stränge sind nun einsatzbereit, doch die für ihre Inbetriebnahme erforderliche Genehmigung der Bundesnetzagentur steht weiterhin aus.

Die Behörde hatte das entsprechende Verfahren im November unterbrochen. Nun muss die Nord Stream 2 AG ein Tochterunternehmen in Deutschland gründen und in dessen Namen einen neuen Zertifizierungsantrag stellen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/17/2597942_0:179:3323:2048_1920x0_80_0_0_6ea9fc4bc2ab8a004de6e555cd106f64.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. Januar 2022 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Shelobok und **Krasnyj Jar** wurden mit Mörsern des Kalibers 120mm (4 Geschosse), Schützenpanzerwaffen (10 Schüsse), Granatwerfern (10 Granaten) und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Inmitten globaler Nahrungsmittelkrise: Russland verzeichnet schlechteste Getreideernte seit Jahren**

Wegen globaler Versorgungsprobleme werden die Haushalte in weiten Teilen Europas von stark gestiegenen Lebensmittelpreisen belastet. Die Lage könnte sich nun noch zusätzlich zuspitzen, nachdem Russland die schlechteste Getreideernte seit drei Jahren gemeldet hat. Nach Angaben der nationalen Statistikbehörde Rosstat ging die Roggenernte in Russland im Jahr 2021 um erstaunliche 29 Prozent auf 1,7 Millionen Tonnen zurück, während die Weizen- und Gerstenproduktion um jeweils etwa zwölf (75,9 Millionen Tonnen) und 14 Prozent (18

Millionen Tonnen) sank. Lediglich die Maisernte verbesserte sich um fünf Prozent auf 14,6 Millionen Tonnen. Insgesamt wurde in Russland im vergangenen Jahr im Vergleich zum Jahr 2020 fast zehn Prozent weniger Getreide geerntet (120,7 gegen 133,5 Millionen Tonnen). Die geringe Ernte ist auf eine Kombination aus Dürren, dem Absterben der Winterkulturen und einem Mangel an Saisonarbeitern zurückzuführen. Das US-Landwirtschaftsministerium hatte zu Beginn der Saison eine russische Weizenernte von 85 Millionen Tonnen vorausgesagt, senkte jedoch seine Prognose, nachdem mehrere wichtige landwirtschaftliche Regionen, darunter Orenburg und Tatarstan, von schlechtem Wetter heimgesucht worden waren.

Laut Kirill Tremasow, Direktor für Geldpolitik bei der russischen Zentralbank, haben die Anstrengungen der Landwirte nicht zu einer "sehr guten Ernte" geführt. Er warnte davor, dass die Lebensmittelpreise in Russland im Jahr 2022 wahrscheinlich weiter steigen werden.

Die russische Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2021 einen starken Anstieg der Inflation, was dazu führte, dass viele Arbeitnehmer mit geringem Einkommen Schwierigkeiten hatten, sich Lebensmittel und andere grundlegende Dinge zu leisten. Im Sommer veröffentlichte Zahlen zeigten, dass die Lebensmittelpreise im vergangenen Jahr um 7,4 Prozent gestiegen waren, und in einer Umfrage im August gab die Hälfte aller Russen an, dass sie aufgrund von Bargeldmangel auf den Kauf neuer Hemden und Schuhe verzichtet hätten.

Auch in einer Reihe europäischer Länder kam es in den letzten Wochen zu Versorgungsengpässen, die auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen sind, darunter Logistikprobleme und die COVID-19-Pandemie.

Die meisten großen Getreideexportländer, darunter Kanada, Brasilien und die USA, hatten im Jahr 2021 ebenfalls wie Russland mit Ernteaussfällen zu kämpfen. Die Ukraine hingegen, die mit Russland um den Titel des weltweit größten Exporteurs konkurriert, verzeichnete eine Rekordernte. Sie produzierte über 106 Millionen Tonnen Getreide, Hülsenfrüchte und Ölsaaten und übertraf damit die Prognose des eigenen Landwirtschaftsministeriums, die bei 100 Millionen Tonnen lag. Dies ist zum Teil auf staatliche Zuschüsse in Höhe von 1,1 Milliarden US-Dollar zurückzuführen, die den Landwirten zur Förderung des Agrarsektors, der derzeit neun Prozent des BIP ausmacht, zur Verfügung gestellt wurden.

Die ukrainische Nationalbank schätzt, dass die Ernte das BIP des Landes um 0,8 Prozent steigern wird und es dem Land ermöglichen könnte, sich als weltweit führender Getreideexporteur zu positionieren. Im Jahr 2021 war China der größte Importeur von ukrainischen Agrarprodukten, gefolgt von Indien und den Niederlanden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e048e1b480cc0c8a321c22.jpg>

de.rt.com: **Lawrow: Westen trägt entscheidend zur Steigerung des weltweiten Konfliktpotenzials bei**

Die traditionelle Pressekonferenz des Außenministers Sergei Lawrow über die Ergebnisse der russischen Diplomatie im Jahr 2021 wird am 14. Januar abgehalten. Die Journalisten stellen ihre Fragen sowohl persönlich als auch online. Obwohl die Veranstaltung offiziell den Ergebnissen des Vorjahres gewidmet ist, hat auch schon das neue Jahr für markante internationale Ereignisse gesorgt.

Gleich vorweg sagte der Chefdiplomat, dass das Konfliktpotenzial weltweit ansteige und der Westen zu diesen negativen Entwicklungen beitrage:

"Die Lage bessert sich nicht, das Konfliktpotenzial steigt an. Unsere westlichen Kollegen tragen entscheidend zu einer solchen negativen Entwicklung der Ereignisse bei. Sie haben einen Kurs eingeschlagen, um die auf der UN-Charta basierende Architektur der internationalen Beziehungen zu untergraben und verfolgen eine Linie, internationales Recht durch eigene Regeln zu ersetzen."

Zudem betonte der Minister, dass die NATO die Ukraine und skandinavische Länder künstlich in ihre Reihen locke: "Die Versuche, die Zusammensetzung des Nordatlantischen Bündnisses künstlich zu erweitern, insbesondere die Ukraine einzubeziehen, hören nicht auf", sagte Lawrow. Die einseitige Interpretation der Verpflichtungen der NATO in Bezug auf die Nichterweiterung sei inakzeptabel.

Zu den aktuellen Verhandlungen über Sicherheitsgarantien sagte Lawrow, dass Russland sich auf alle Entwicklungen vorbereite und gleichzeitig auf eine Antwort der USA und der NATO warte.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e1254d48fbef048d6caf25.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 14. Januar um 9:00 Uhr 21.888 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 394 Personen sind derzeit erkrankt, 18.382 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3112 Todesfälle.

snanews.de: **Republikaner scheitern im US-Senat mit Gesetz für schärfere Nord-Stream-2-Sanktionen**

Die Republikaner im US-Senat sind mit einem Gesetzesvorhaben für schärfere Sanktionen gegen die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 gescheitert. Bei der Abstimmung über das von Senator Ted Cruz lancierte Vorhaben kam am Donnerstag (Ortszeit) nicht die erforderliche Mehrheit von 60 der 100 Stimmen zustande.

Vor der Abstimmung bekräftigte das Weiße Haus, die Regierung von US-Präsident Joe Biden lehne die Verschärfung der Sanktionsgesetze ab. Zwar sei Nord Stream 2 „ein schädliches

geopolitisches Projekt Russlands“. Der Gesetzentwurf sei aber nicht geeignet, um „der russischen Aggression entgegenzuwirken oder die Ukraine zu schützen“. Biden hatte im Mai Ausnahmegenehmigungen („Presidential Waiver“) verfügt, mit denen die Nord Stream 2 AG mit Sitz in der Schweiz und ihr deutscher Geschäftsführer von US-Sanktionen verschont blieben. Dieser Verzicht erfolgte ausdrücklich auch aus Rücksicht auf den Verbündeten Deutschland. Außerdem würde die Verabschiedung des Gesetzes die Einheit unter US-Verbündeten in Europa in einem entscheidenden Moment untergraben, hieß es.

Das Gesetzesvorhaben von Cruz hatte unter anderem zum Ziel, Biden die Möglichkeit zu nehmen, aus Gründen der nationalen Sicherheit eigenmächtig Ausnahmen von US-Sanktionen wegen Nord Stream 2 zu verfügen. Außerdem argumentierte der Senator, Putin habe bislang vor einer vollständigen Invasion der Ukraine zurückgeschreckt, angeblich weil er die dortige Infrastruktur für den russischen Gastransit nicht habe gefährden wollen. Darauf sei er aber mit Nord Stream 2 nicht mehr angewiesen. Cruz kritisierte Bidens „katastrophale Kapitulation“ und warnte: „Wenn die Demokraten bei der Abstimmung im Senat auf der Seite Russlands und Putins stehen, könnten wir in den nächsten Tagen, Wochen oder Monaten erleben, wie russische Panzer durch die Straßen von Kiew rollen.“

Nord Stream 2 soll unter Umgehung der Ukraine Gas von Russland nach Deutschland bringen. Die Leitung ist fertiggestellt, aber noch nicht in Betrieb. Erst vor einigen Tagen bestätigte die Bundesaußenministerin, Annalena Baerbock, dass das Zertifizierungsverfahren der Pipeline derzeit auf Eis liegt, weil sie den europäischen Vorgaben nicht entspreche. Zwar bezeichnete Kreml-Sprecher Dmitri Peskow den Zertifizierungsprozess Mitte Dezember als „technische, bürokratische Arbeit“. Der Betreiber hat bereits angekündigt, im Einklang mit dem deutschen Recht eine Tochterfirma in Deutschland zu gründen, die unabhängig vom russischen Energiekonzern Gazprom fungieren wird. Der Antrag auf Zertifizierung soll dann noch einmal im Namen dieser Firma gestellt werden.

Laut dem russischen Außenminister, Sergej Lawrow, hat die Situation um die Gaspipeline Nord Stream 2 die fehlende Freiheit Deutschlands bei der Durchsetzung eigener wirtschaftlichen Interessen offenbart.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/10/2510123_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_9d4c270858fa347896b2d3f04df6824b.jpg

Mzdnr.ru: Am 13. Januar wurden in der DVR 1231 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 207 positiv, bei 26 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 44 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 3 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 34 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 633 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 473 mit Sauerstoffunterstützung (+10 in den letzten 24 Stunden).

Am 14. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 120.275 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 2098 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 108.801 als gesund entlassen, es gibt 9376 Todesfälle.

snanews.de: **Russland startet unangekündigte Militärübung**

Die russische Armee hat am Freitag im Osten des Landes eine unangekündigte Alarmübung begonnen. Ziel ist es, die Gefechtsbereitschaft zu überprüfen, wie das Verteidigungsministerium in Moskau mitteilte.

Der im Wehrbezirk Ost ausgelöste Übungsalarm sei Teil der Vorbereitungen auf das groß angelegte strategische Manöver „Wostok 2022“ (deutsch: „Ost 2022“) im September, hieß es. Bei der jetzigen Übung solle insbesondere die Fähigkeit der Streitkräfte überprüft werden, Truppen über große Entfernungen innerhalb des Landes zu transportieren. Ganze Einheiten sollen zu entfernten Übungsplätzen gebracht werden.

Ein vom Verteidigungsministerium veröffentlichtes Video zeigt, wie Soldaten in weißer Tarnkleidung ihre Kaserne verließen und Kampfpanzer sowie andere Technik auf Eisenbahnwagons verladen wurden. Generalstabschef Waleri Gerassimow hatte zuvor angekündigt, dass zu dem im September anstehenden Militärmanöver „Wostok 2022“ auch ausländische Teilnehmer eingeladen würden. Es soll die größte Übung der russischen Armee im neuen Jahr sein.

Russland hat in den vergangenen Jahren oft unangekündigte Militärübungen durchgeführt. Als Ziel wurde immer die Überprüfung der Alarmbereitschaft der Streitkräfte genannt. Die jüngste Alarmübung findet vor dem Hintergrund der Gespräche mit den USA und der Nato über die Sicherheit in Europa statt.

Westliche Staaten werfen Russland vor, Streitkräfte vor der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als ein Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht. Russland hat deshalb vom transatlantischen Militärbündnis rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien gefordert. Bei den Gesprächen in dieser Woche gab es aber keine Annäherung.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0e/5003630_0:33:3071:1760_1920x0_80_0_0_cbc9ad252e2277460f6c5a1892caa0d.jpg

de.rt.com: **Sirenen heulen erneut: Raketenangriff auf US-Botschaft in Bagdad**

Im Zentrum Bagdads sind am Donnerstagabend nach Armeeangaben mindestens vier Raketen eingeschlagen. Die Raketen sollen auf die US-Botschaft in der hochgesicherten "Grünen Zone" Bagdads gezielt haben.

Mindestens vier Raketen zielten am Donnerstagabend auf die US-Botschaft in der hochgesicherten "Grünen Zone" Bagdads, sagten zwei irakische Sicherheitsbeamte. Das Gebiet beherbergt diplomatische Vertretungen und auch den Sitz der irakischen Regierung. Drei von vier Raketen schlugen auf dem Gelände der US-Einrichtung ein, erklärten die Beamten weiter. Die vierte Rakete soll eine Schule in einer nahe gelegenen Wohnanlage getroffen haben. Die Beamten äußerten sich mit der Bedingung anonym zu bleiben, da sie nicht befugt seien, mit den Medien zu sprechen. Das berichtete die Nachrichtenagentur AP am In einer Erklärung des irakischen Militärs hieß es, ein Mädchen und eine Frau seien bei dem Raketenangriff verletzt worden, ohne weitere Einzelheiten zu nennen. In der Erklärung hieß es zudem, die Raketen seien von dem Stadtteil Dora aus in Richtung der US-Botschaft abgefeuert worden. Dora ist ein Stadtviertel innerhalb des Stadtbezirks ar-Raschid, am westlichen Tigris-Ufer in der irakischen Hauptstadt Bagdad. Während der Angriffe soll das C-RAM-Abwehrsystem der US-Botschaft zum Einsatz gekommen sein, um die Raketen abzufangen.

Der Irak und Syrien haben sich seit der Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani zu Schauplätzen des Konfliktes zwischen den USA und vom Iran unterstützten schiitischen Milizen entwickelt. Die US-Militärbeamten im Irak sind angesichts der Angriffe der vom Iran unterstützten Milizen schon seit längerem alarmiert. Die schiitischen Milizen sollen in letzter Zeit sogar Drohnen eingesetzt haben, um die Abwehrsysteme in der Nähe von US-amerikanischen Militärstützpunkten und diplomatischen Einrichtungen zu umgehen. Der Befehlshaber des US-Zentralkommandos (CENTCOM), Frank McKenzie, warnte Mitte Dezember 2021, dass die Biden-Regierung mit zunehmenden Angriffen auf amerikanisches und irakisches Personal seitens der von Iran unterstützten Milizen rechne, die entschlossen seien, die US-Streitkräfte aus dem Land zu vertreiben.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e1534848fbef07167d2433.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Washington zu Ukraine-Krise: USA und Partner sind „auf jede Eventualität vorbereitet“**

Nach Sicherheitsgesprächen zwischen Russland und dem Westen hat die US-Regierung Moskau erneut eindringlich vor einer Eskalation der Ukraine-Situation gewarnt und bekundet, die territorialen Integrität des Landes zu unterstützen. Zugleich gibt es laut Washington trotz der Gefahr einer russischen Invasion einen diplomatischen Weg aus der Krise.

Der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Joe Biden, Jake Sullivan, erklärte im Zuge der gemeinsamen Pressekonferenz mit der Pressesprecherin Jen Psaki am Donnerstag mit Blick auf den russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine, dass die Gefahr einer militärischen Invasion hoch sei.

Die Geheimdienste seien bislang allerdings nicht zu der Einschätzung gekommen, „dass die Russen sich endgültig für ein militärisches Vorgehen in der Ukraine entschieden haben“. Sullivan forderte Moskau zur Deeskalation und zur Reduzierung der Soldaten in der Region auf.

Der US-Sicherheitsberater machte deutlich, dass die USA und ihre Verbündeten „auf jede Eventualität vorbereitet“ seien. Das gelte sowohl für diplomatische Verhandlungen als auch für den Fall, dass der russische Präsident, Wladimir Putin, eine militärische Eskalation suche. „Wir haben Russland sehr deutlich auf die Kosten und Folgen weiterer militärischer Aktionen oder einer Destabilisierung der Ukraine hingewiesen“, so der US-Sicherheitsberater. Sullivan drohte Moskau erneut mit Wirtschafts- und Finanzsanktionen, mit Exportkontrollmaßnahmen sowie mit einer Aufrüstung der Ukraine, „wenn das russische Militär die ukrainische Grenze überschreitet“.

Russland muss richtigen Weg wählen

Aus Sullivans Sicht besteht neben der Gefahr eines russischen Angriffs auf die Ukraine die Möglichkeit, erneut an den Verhandlungstisch zu kommen, „um sich mit den sehr realen Bedenken zu befassen, die wir zum Ausdruck gebracht haben“. Aber:

„Wenn Russland sich entscheidet, einen anderen Weg zu gehen, werden wir entsprechend reagieren“, erklärte der US-Politiker.

Die USA glaubten, dass ein Weg der Diplomatie nur dann funktionieren könne, wenn er die Interessen und Prinzipien der USA bestätige und widerspiegele. „Und wir sind bereit, mit unseren Verbündeten und Partnern daran zu arbeiten“, machte Sullivan deutlich.

Darüber hinaus gehe er davon aus, dass sich sein Land mit der Europäischen Union, der Nato, der Ukraine und anderen Ländern der euro-atlantischen Gemeinschaft darin einig seien, dass „es hier einen diplomatischen Weg nach vorne gibt“.

Nichtsdestotrotz würden die USA und ihre Verbündeten vorbereitet sein, falls Russland einen anderen Weg einschlagen sollte.

Moskau fordert Sicherheitsgarantien

Vertreter der 30 Nato-Staaten und Russlands hatten am Mittwoch das erste Mal seit gut zwei Jahren Gespräche geführt – über die Ukraine-Situation und Sicherheitsgarantien, die Moskau von dem transatlantischen Militärbündnis fordert. Dazu gab es am Donnerstag auch eine Sitzung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Bereits am Montag war ein hochrangiges Treffen von Vertretern Russlands und der USA in Genf abgehalten worden.

Sullivan kommentierte die Verhandlungen dahingehend, dass sie „offen“, „direkt“ und „nützlich“ gewesen seien. Die USA würden sich nun mit ihren Verbündeten über das weitere Vorgehen beraten. Termine für neue Gespräche mit Russland gebe es derzeit nicht.

Zuvor hat der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, zu den vergangenen Sicherheitsgesprächen mit den USA und der Nato Stellung genommen. Ihm zufolge hat es zwar im Zuge der Verhandlungen einige positive Momente gegeben, allerdings haben die Doppelmoral der Nato sowie Meinungsverschiedenheiten mit den USA und dem Bündnis in grundlegenden Fragen deutlich überwogen.

Die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland bleiben mit Blick auf die Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau hingegen hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne schmiede und Russland grundlos „dämonisiert“ werde – das Land bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/0e/2101812_0:219:2047:1370_1920x0_80_0_0_37b228c82b9cedeeae945aa374aee1881.jpg

snanews.de: **Massive Attacke auf ukrainische Regierungswebseiten: Hacker hinterlassen Drohungen gegen Ukrainer**

In der Ukraine hat es einen massiven Hackerangriff auf Internetseiten der Regierung gegeben. In der Nacht zum Freitag tauchten auf den Webseiten des Außenministeriums und des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung Drohungen gegen die Einwohner des Landes auf.

„Infolge eines massiven Hackerangriffs sind die Websites des Außenministeriums und einer Reihe anderer Staatsbehörden vorübergehend nicht aufrufbar. Unsere Spezialisten sind gerade dabei, die Arbeit der IT-Systeme wiederherzustellen. Wir entschuldigen uns für etwaige Unannehmlichkeiten“, twitterte der Sprecher des Außenministeriums, Oleg Nikolenko.

Berichten zufolge tauchten auf der Homepage des Bildungsministeriums Ankündigungen auf Ukrainisch, Russisch und Polnisch auf, die besagten, dass alle persönlichen Informationen von Ukrainern in ein bestimmtes „gemeinsames Netzwerk“ hochgeladen und alle Daten auf Computern angeblich ohne Wiederherstellungsmöglichkeit zerstört worden seien.

Im Text stand geschrieben: „Ukrainer! (...) Alle Informationen über euch sind öffentlich geworden, habt Angst und wartet auf das Schlimmste. Dies gilt für Ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Für Wolhynien, für OUN-UPA, für Galizien, für Polesien und für historische Länder“.

Nicht abzurufen waren am Morgen auch die Seiten des Energieministeriums, der Regierung und des Rettungsdienstes. Eine auf Cyberangriffe spezialisierte Einheit bei der Polizei habe Ermittlungen aufgenommen, teilte das Energieministerium mit. Wer hinter dem Angriff steht, war zunächst völlig unklar.

Bei dem Massaker von Wolhynien tötete im Jahr 1943 die ukrainische Aufständische Armee (UPA) ethnische Polen. Es war eine der blutigsten Episoden des polnisch-ukrainischen Konflikts, der bis zu 60.000 Menschen zum Opfer fielen. Warschau betrachtet diese Ereignisse als Völkermord. Ähnliche Episoden ereigneten sich in Galizien und Polesien. Die UPA war eine bewaffnete Division der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN, Bandera-Fraktion).



https://cdn1.snaneews.de/img/07e4/0c/0e/150674_0:319:2752:1867_1920x0_80_0_0_c584263b8e2d0c7466d04ab13a852366.jpg

snaneews.de: „Die Sicherheit unserer Verbündeten ist unsere Sicherheit“: Lambrecht warnt Moskau vor Eskalation

Die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat Russland vor den Konsequenzen eines möglichen Angriffs auf die Ukraine gewarnt.

Bei einem Auftritt im Bundestag am Freitag stritt Lambrecht unter anderem Russlands Mitbestimmungsrecht bei der Frage des Nato-Beitritts von Drittländern ab.

„Russland hat kein Vetorecht, wenn es um Bündnisfragen geht und kann uns hier auch nicht erpressen“, äußerte die SPD-Politikerin. Zwischen den roten Linien und einer militärischen Auseinandersetzung gebe es aber viel Spielraum, der ausgeschöpft werden müsse. „Wir müssen alle Mittel ausschöpfen, um diesen Konflikt zu entschärfen“, fügte sie hinzu.

Die Nato und die EU müssten ganz eng beieinander stehen, so Lambrecht. „Die Sicherheit unserer Verbündeten ist unsere Sicherheit, auch und gerade in Mittel- und Osteuropa.“

Die Sicherheit in Europa stehe aber vor großen Herausforderungen. „Der russische Aufmarsch an der ukrainischen Grenze verstößt gegen alle Regeln des friedlichen Miteinanders“, sagte Lambrecht und forderte Moskau auf, das Völkerrecht zu wahren.

Russland hatte Ende 2021 Entwürfe für zwei Abkommen mit den USA und der Nato veröffentlicht. Darin forderte Moskau das Nordatlantische Bündnis auf, rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien zu gewährleisten. Unter anderem sollte die Nato zusichern, dass weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten dem Bündnis beitreten werden. Bei den Gesprächen in dieser Woche gab es jedoch keine Annäherung.

Die Ukraine und mehrere westliche Länder haben seit Wochen ihre Besorgnis über angebliche verstärkte „aggressive Handlungen“ Russlands an den ukrainischen Grenzen geäußert. Bereits mehrmals hatte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärt, dass Russland seine eigenen Truppen auf seinem Territorium nach Belieben verlegen dürfe. Russland hat die Vorwürfe des Westens und der Ukraine mehrmals zurückgewiesen und betont, dass Erklärungen über eine „russische Aggression“ als Vorwand für die Stationierung von mehr Nato-Technik unweit der russischen Grenzen missbraucht würden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/11/4720679_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_77b756f322563015bf3ba2ce02657b7d.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 8. bis 14. Januar 2022**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In der letzten Woche wurden **20 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich die Gebiete von **zehn Ortschaften**: Nowaja Tawrija, Kominternowo, Wesjoloje, Nowolaspa, Bajrak, Sachanka, Alexandrowka, die Siedlungen des Isotow- und des Gagarin-Bergwerks und des Bergwerks 6/7.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer **20 Stück Waffen und Militärtechnik in 12 Ortschaften stationiert**.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowokalinowo;

ein Abwehrraketenkomplex 9K33 „Osa“ und ein 23mm-Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Osarjanowka:

ein Schützenpanzer, ein Schützenpanzerwagen und zwei 23mm-Abwehrgeschütze SU-23 in der Nähe von Leninskoje.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe von Wohnhäusern in Pawlopol;

ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Lebedinskoje;

ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Wodjanoje;

ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und drei 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“ in einem Wohngebiet von Mangusch;

ein Raketenkomplex der Klasse „Boden-Luft“ S-300 in der Nähe von Nikolskoje.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Briagde:

zwei Abwehrraketenkomplexe 9K33 „Osa“ in einem Wohngebiet in Kasjanowka;

ein Komplex der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ in der Nähe von Granitnoje;

zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka;

ein Abwehrraketenkomplex 9K33 „Osa“ in der Nähe von Wohnhäusern in Andrejewka.

Diese Sachverhalte werden von den täglichen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Um die Entdeckung von verbotenen ukrainischen Waffen zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und

502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden **17 Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter** entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Sarja, Katerinowka, Dsershinsk, Leninskoje, Andrejewka, Nowokalinowo, Berdytschi, Tarassowka, Nowoandrejewka, Andrejewka, Starowarwarowka, Artjomowo, Dylejewka, Osarjanowka, Krasnyj Pacharj, Luganskoje und Granitnoje. So erlaubt es das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew den Beobachtern der OSZE-Mission nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung zu erfassen.

Wir erhalten weiter Informationen über nicht **kampfbedingte Verluste der bewaffneten Formationen der Ukraine**. In der letzten Woche wurden 13 ukrainische Kämpfer unterschiedlich schwer verletzt, vier starben. Hauptursachen sind nach wie vor die ungeordnete Verminung von Örtlichkeiten, Verkehrsunfälle in betrunkenem Zustand, minderwertige Medikamente und ein nicht zufriedenstellendes Niveau der medizinischen Versorgung.

Am 7. Januar wurden sechs Kämpfer mit der Diagnose Lungenentzündung durch Unterkühlung von den Positionen des 13. Bataillons der 95. Luftsturmgruppe evakuiert.

Am 8. Januar kam ein Soldat der 54. mechanisierten Brigade bei der Fahrt auf der Strecke Jelisawetowka – Kurachowo nicht mit der Lenkung zurecht, kam auf die Gegenfahrbahn, geriet mit dem Schützenpanzer in den Straßengraben. Infolge des Verkehrsunfalls starb ein ukrainischer Soldat, ein weiterer erlitt zahlreiche Verletzungen.

Am 9. Januar gab es aufgrund von Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen bei Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Feuerpositionen des 1. Bataillons der 53. mechanisierten Brigade im Gebiet von Granitnoje eine Detonation einer nicht identifizierten Sprengvorrichtung. Bei der Detonation erlitten drei ukrainische Kämpfer unterschiedlich schwere Verletzungen, einer von ihnen starb, nachdem er nicht rechtzeitig medizinische Behandlung erhalten hatte.

Am 10. Januar wurden zwei Kämpfer der 30. Brigade mit Vergiftungen in das Hospital von Artjomowsk eingeliefert. Bei einer Ermittlung wurde festgestellt, dass den Kämpfern schlecht wurde, nachdem sie Medikamente gegen Erkältungskrankheiten eingenommen hatten, die von ukrainischen Freiwilligen in die Brigade geliefert worden waren.

Am 11. Januar gerieten zwei Soldaten der 25. Luftlandebrigade bei der Übergabe eines Beobachtungspunkts auf ein eigenes Minenfeld. Infolge einer Detonation erlitten beide tödliche Detonationsverletzungen.

Am 12. Januar erlitt ein Soldat auf den Positionen der 36. Brigade im Gebiet von Schirokino während eines Streits zwischen Soldaten des 501. Bataillons, die unter Drogeneinfluss standen, eine Schussverletzung und wurde in das Hospital von Mariupol eingeliefert. Neben persönlichem Niedergang begehen die ukrainischen Soldaten **gesetzwidrige Handlungen gegen Einwohner des Donbass**.

Einen Fall von gesetzwidriger Handlung von Seiten ukrainischer Soldaten gab es in Kurachowo, wo sich durch die Schuld eines Soldaten der 54. mechanisierten Brigade ein Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang ereignete. Bei der Ermittlung wurde klar, dass der Soldat mit seinem persönlichen Auto unter Drogen- und Alkoholeinfluss gefahren war und einen Rentner anfuhr, der an einer Bushaltestelle im Bereich des Busbahnhofs stand. Der Mann starb an Ort und Stelle an seinen Verletzungen.

Außer dem Terror setzen ukrainische Soldaten und Mitarbeiter des SBU auch die Einschüchterung friedlicher Bürger auf den von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorien fort. Insbesondere wurde festgestellt, dass örtliche Einwohner in Wolnowacha, Andrejewka und Chlebodarowka ständig Kontrollen, Verhöre sowie Erpressung von Geld von Seiten ukrainischen Spezialdienst unterworfen sind. Wenn sich jemand weigert zu zahlen,

so wird er des Separatismus beschuldigt und mit einer fabrizierten Angelegenheit ein Strafverfahren eingeleitet.

Wir wenden uns an die Vertreter der OSZE-Mission und der UNO in der Ukraine mit der Forderung, die gesetzeswidrigen Handlungen der ukrainische Seite zu registrieren und von dieser reale Aktivitäten zum Schutz der Rechten und der Gesundheit der Bürger in diesen Ortschaften zu erreichen.

Im Zeitraum vom 10. bis 14. Januar fanden auf den Übungsplätzen der Republik Kontrollübungen unter Einbeziehung von mehr als 90 Einheiten von Abteilungen und Gruppen der Volksmiliz statt. Mit der Soldaten der Volksmiliz wurden Übungen zur Schießausbildung mit Kontrollschüssen mit Schützenpanzer- und Panzerwaffen sowie Schusswaffen durchgeführt. Bei den Kontrollübungen zeigten deren Teilnehmer hervorragende Ergebnisse und erfüllten alle Aufgaben in der vorgesehenen Zeit. Im Vorfeld von Weihnachten haben Soldaten der Volksmiliz, die Koordinatorin der humanitären Projekte Tatjana Butrina sowie die humanitären Fonds „Doroga dobra“ und „Geografij serdza“ den Kinder im Kinderheim der Kowaljows zu Weihnachten gratuliert. Außerdem hat die Gruppe „Angel“ am 7. Januar, am Weihnachtstag, mit Unterstützung der Volksmiliz eine gemeinsame Aktion durchgeführt und mehr als 300 Kinder in Alexandrowka Weihnachtsgeschenke überreicht.



http://armiyadnr.su/sites/default/files/inline/images/slayd6_0.png

de.rt.com: "Westintegration": Zwei US-Militärberater arbeiten jetzt im ukrainischen Verteidigungsministerium

Das Pentagon hat zwei Militäranghörige in das ukrainische Verteidigungsministerium entsandt, die Kiew in diversen Militärangelegenheiten "beraten" sollen. Erst kürzlich war bekannt geworden, dass Washington seine Militärhilfe an die Ukraine stark ausweitet. Nun ist es offiziell: In Kiew haben zwei US-Berater ihre ständige Arbeit im ukrainischen Verteidigungsministerium aufgenommen. Dies erklärte die Direktion für Verteidigungspolitik des Ministeriums in Kiew auf Facebook, wie die russische Nachrichtenagentur TASS berichtete:

"Die US-Berater Chris Rizzo und Todd Brown haben ihre ständige Arbeit in der Direktion für Verteidigungspolitik des ukrainischen Verteidigungsministeriums aufgenommen."

Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Beratung bei der Umsetzung der sogenannten Verteidigungsreform der Ukraine, die Beratung in allgemeinen politischen Fragen und in Angelegenheiten der militärischen Verwaltung und der euroatlantischen Integration.

US-Waffenlieferungen und der Donbass-Konflikt

Der Fernsehsender CNN hatte am Montag Quellen zitiert, denen zufolge die US-Behörden zusätzliche Militärhilfe für die Ukraine im Wert von insgesamt 200 Millionen US-Dollar genehmigt hätten. Demnach beabsichtigen die USA, Kleinwaffen, Munition, medizinische Ausrüstung und Radarüberwachungsgeräte an die Ukraine zu liefern. Am Dienstag berichtete die US-Zeitung Politico, dass US-Präsident Joe Biden zuvor angeordnet hatte, diese Unterstützung zu gewähren. Dabei handelt es sich um einen Mechanismus, mit dem die USA einem anderen Land "dringende militärische Hilfe" aus den Lagern des Pentagons zukommen lassen können. Auf diese Weise wird Washington ein Radarsystem und Ausrüstung für Schiffe an Kiew liefern.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hatte zuvor darauf hingewiesen, dass die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung durch die NATO-Mitgliedsstaaten an das ukrainische Territorium Kiew zu dem Versuch veranlassen könnte, den Donbass-Konflikt mit Gewalt zu lösen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e06756b480cc0d1b1b18f1.jpeg>

snews.de: Stoltenberg: Russische Forderung nach einseitigem Nato-Truppenabzug steht nicht zur Diskussion

Laut Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg wird die Nato keine Kompromisse in Bezug auf die Nicht-Erweiterung des Bündnisses nach Osten und den Truppenabzug aus der Ukraine eingehen. Für den Fall eines Angriffs durch Russland sicherte er zudem Kiew militärische Unterstützung zu.

Wie Stoltenberg gegenüber dem polnischen Rundfunksender „Polskie Radio“ erklärte, befinden sich die Nato und ihre Partner jetzt „an einem kritischen Punkt für die europäische Sicherheit“.

Von daher müsse man unter anderem mit Russland sprechen, um dem Land die gemeinsame Position aller Verbündeten darzulegen: Die Nato werde keine Kompromisse eingehen. Jedes Land habe das Recht, seinen eigenen Weg zu wählen und zu entscheiden, ob es der Nato angehören wolle oder nicht, betonte der Nato-Chef.

Auch die Forderung Russlands nach einem „einseitigen Truppenabzug“ der Nato-Truppen von der Ostflanke steht laut Stoltenberg nicht zur Debatte – die Nato habe das Recht, alle Verbündeten zu verteidigen. Und dieses könne sie insbesondere durch die Verlegung von Truppen im Osten Europas geltend machen.

„Gleichzeitig müssen wir reden, und deshalb haben wir einen Dialog über Rüstungskontrolle, die Transparenz von Militärübungen, Mechanismen zur Verringerung des Risikos (...) und

viele andere Themen vorgeschlagen“, sagte Stoltenberg rückblickend auf das vergangene Nato-Russland-Treffen.

Die Nato habe Russland klar gemacht, dass man ernsthaft überlegen müsse, die Präsenz an der Ostflanke des Bündnisses zu verstärken, „falls Russland erneut Gewalt gegen einen souveränen Staat, die Ukraine, anwendet“, sagte der Bündnischef.

Unterstützung nur bei Eskalation

Auch im Gespräch des Nato-Generalsekretärs mit der italienischen Zeitung „La Repubblica“ kamen die Ukraine-Frage und die Beziehungen zu Russland zur Sprache. Auf die Frage, wie die Nato vorgehen werde, falls Russland in die Ukraine einmarschiere, erklärte Stoltenberg: „Die Verpflichtung, Verbündete zu verteidigen und zu schützen, gilt für Verbündete. Wir haben der Ukraine erklärt, dass die Folgen (einer möglichen Invasion – Anm. d. Red.) neue Wirtschaftssanktionen sein werden und wir unsere Unterstützung leisten werden“.

In Bezug auf den Nato-Beitritt der Ukraine erklärte Stoltenberg, das Land habe sich bereits um die Mitgliedschaft beworben. Allerdings betreffe diese Frage nur die Ukraine und die 30 Nato-Verbündeten. Die Russen würden, so Stoltenberg weiter, stattdessen ein verbindliches Abkommen wollen, das eine Nato-Erweiterung verhindere.

„Das wäre eine Verletzung unseres Selbstbestimmungsrechts der Völker. Ukrainer, Finnen oder Schweden müssen das Recht haben, selbst zu entscheiden, ob und wann sie beitreten. Die Russen dürfen sich nicht einmischen“, betonte der Nato-Generalsekretär.

Verhandlungen zwischen Nato und Russland

Mitte Dezember hatte das russische Außenministerium die Entwürfe eines Vertrags mit den USA und eines Abkommens mit der Nato veröffentlicht. Die Dokumente sind Washington und seinen Verbündeten übergeben worden. Darin schlägt Moskau der Nato vor, Moskau „Sicherheitsgarantien“ zu geben, die ein weiteres Vordringen des Bündnisses nach Osten – insbesondere auf das ukrainische Territorium – ausschließen würden.

Russland und die USA haben am Sonntag und Montag in Genf Konsultationen zu Moskaus Sicherheitsvorschlägen durchgeführt. Am Mittwoch hat die erste Tagung des Nato-Russland-Rats seit Juli 2019 in Brüssel stattgefunden.

Dem Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, zufolge hat es zwar im Zuge der beiden Verhandlungen positive Momente gegeben, allerdings haben die Doppelmoral der Nato sowie Meinungsverschiedenheiten mit den USA und dem Bündnis in grundlegenden Fragen deutlich überwogen. Auch hätten die Gespräche Meinungsverschiedenheiten offenbart, was als „Minuspunkt“ in den Verhandlungsrunden gewertet werden könne.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/02/10/927156_0:0:3127:1759_1920x0_80_0_0_0c93113ff47c7b23a20f596217803eae.jpg

de.rt.com: **Weißes Haus: Werden entschlossen handeln, wenn Russland Militär nach Kuba oder Venezuela entsendet**

Russische Truppen haben keinen Platz in Lateinamerika, meinen die USA, während sie eigene Truppen an der russischen Grenze stationiert haben. Falls Moskau Soldaten auf den amerikanischen Kontinent entsende, werde Washington entschlossen reagieren.

US-amerikanische Behörden werden entschlossen handeln, falls Russland sein Militär in Lateinamerika stationiert. Dies erklärte das Weiße Haus am Donnerstag, nachdem man angedeutet hatte, Moskau könnte einige seiner Truppen in Venezuela oder Kuba stationieren. Jake Sullivan, der Nationale Sicherheitsberater der Vereinigten Staaten, bezeichnete die Idee als "Getöse in den öffentlichen Kommentaren". Er wies darauf hin, dass die Stationierung russischer militärischer Infrastruktur in Lateinamerika kein Diskussionspunkt im Genfer Dialog über Stabilität zwischen Russland und den USA gewesen sei. Auf die Frage eines Journalisten sagte er:

"Wenn Russland sich in diese Richtung bewegen würde, würden wir entschlossen dagegen vorgehen."

Washingtons Widerstand gegen die Stationierung russischer Truppen in Nord-, Mittel- und Südamerika stößt in Moskau, das sich wiederholt über die Stationierung von US-Streitkräften nahe der russischen Westgrenze beschwert hat, auf Unverständnis.

Die Andeutung, Russland könnte Truppen nach Lateinamerika entsenden, wurde vom stellvertretenden russischen Außenminister Sergei Rjabkow während eines Interviews mit im Fernsehsender RTVI gemacht. Auf die Frage nach der Möglichkeit eines Einsatzes konnte der Regierungsvertreter weder bestätigen noch dementieren, dass dies zu den Plänen des Kremls gehöre. Er betonte jedoch:

"Es ist der US-amerikanische Stil, mehrere Optionen für seine Außen- und Militärpolitik zu haben."

"Das ist der Grundstein für den starken Einfluss dieses Landes in der Welt."

"Der russische Präsident hat sich mehrfach dazu geäußert, welche Maßnahmen er ergreifen könnte. Zum Beispiel unter Einbeziehung der russischen Marine, wenn die Dinge in die Richtung gehen, Russland zu provozieren und den militärischen Druck der USA auf uns weiter zu erhöhen."

Moskau wolle dies jedoch nicht, so der russische Politiker. Er fügte hinzu, dass die Diplomaten zu einer Einigung kommen müssen.

Rjabkow traf am Montag mit der stellvertretenden US-Außenministerin Wendy Sherman zusammen, um russische Vorschläge zu Sicherheitsgarantien zu erörtern, die unter anderem die Forderung nach einem Ende der NATO-Osterweiterung beinhalten. Washington hat Moskaus Vorschläge als nicht zielführend zurückgewiesen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e17d5f48fbef09c6212a7b.jpg>

mil-lnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 14.

Januar 2022

Das Kommando der ukrainischen Kämpfer setzt die Aggression gegen die Republik fort und verletzt grob die Minsker Vereinbarungen.

So haben Kämpfer der 57. Brigade heute auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk wieder **Donezkij** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Zu unserem großen Bedauern **starb ein Soldat der Volksmiliz** bei der heldenhaften Verteidigung der Republik infolge der Aggression der Kiewer Kämpfer. Wir sprechen den Verwandten und Freunde des Toten unser Mitgefühl aus.

Durch eine erzwungene Erwidernng des Feuers mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurde die **Feueraktivität des Gegners unterdrückt**. Nach vorläufigen Informationen wurde ein ukrainischer Kämpfer vernichtet und zwei wurden verletzt.

Das Kommando der Volksmiliz empfiehlt den Kiewer Kämpfern nachdrücklich, von solchen aggressiven Handlungen, die zu neuen Opfern führen und eine weitere Verschärfung der ohnehin schwierigen Situation provozieren, Abstand zu nehmen.

deu.belta.by: Lawrow: Unionsstaat befindet sich im beschleunigten Aufbau

Der Unionsstaat Belarus-Russland befindet sich im beschleunigten Aufbaustadium. Das erklärte Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow auf der jährlichen Pressekonferenz für russische und ausländische Journalisten.

„Der Unionsstaat befindet sich im beschleunigten Aufbaustadium. Mit der Verabschiedung von 28 Unionsprogrammen wurde diesem Prozess ein kolossaler Impuls verliehen. Das sind Dokumente mit Direktwirkung und Rahmenvereinbarungen, die bereits in die Praxis umgesetzt werden“, sagte Lawrow. „Der Unionsstaat wird sich immer mehr mit der Koordination wirtschaftlicher Fragen befassen und entsprechende Zoll und Steuermechanismen harmonisieren. Wir haben ein Unionsparlament, das bei diesen Prozessen mehr und mehr gefragt sein wird.“

Belarus und Russland hätten ein gemeinsames Verständnis für die Aufgaben im Bereich der Verteidigungspolitik. „Im Hinblick auf die Verteidigungskapazitäten haben die jüngsten Ereignisse sicherlich zusätzliche Argumente geliefert, dass wir die Verteidigungskraft zu stärken haben. Es herrscht völliges Einvernehmen in Bezug auf die gestellten Aufgaben“, sagte er.

„Erwähnenswert sind auch die kulturellen Beziehungen, die Harmonisierung und die Angleichung der Rechte unserer Bürger“, so Sergej Lawrow weiter. „Diese Arbeit ist zu 90 % abgeschlossen, wir müssen sie noch auf die restlichen Bereiche ausdehnen. Es gibt kleine Lücken, aber im Idealfall müssen wir absolut identische Bedingungen für Reisen, medizinische Versorgung und viele andere Bereiche haben, die für die Menschen in ihrem Alltag wichtig sind. Nun, die Geschäftsbedingungen werden sich ebenfalls angleichen. Im Idealfall werden sie im Rahmen dieser 28 Unionsprogramme vollständig harmonisiert werden.“

Auf dem internationalen Parkett betreiben Belarus und Russland eine vollkommen aufeinander abgestimmte Politik, sie koordinieren ihre Positionen. „Alle zwei Jahre verabschieden wir einen gemeinsamen Aktionsplan. Jährlich treffen sich unsere Ressortminister zu einem engen Austausch“, fügte Lawrow hinzu.

„Daher habe ich sehr positive Erwartungen, was die weitere Stärkung des Unionsstaates betrifft. Unsere Präsidenten haben es so beschlossen, auf Grundlage ihrer Anweisungen haben die Regierungen Unionsprogramme unterzeichnet“, resümierte Sergej Lawrow.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1642162487_59527_big.jpg

de.rt.com: **Lawrows Themen bei der großen Pressekonferenz: NATO, Ukraine, Kasachstan und Putins Reise nach China**

Der russische Außenminister hat im Rahmen seiner Fragestunde die außenpolitische Agenda Russlands besprochen. Der Chefdiplomat äußerte sich zur NATO und vorgeschlagenen Sicherheitsgarantien sowie zur OVKS-Mission in Kasachstan und kündigte eine Chinareise Putins an.

Rund drei Stunden lang hat der russische Außenminister Sergei Lawrow die Fragen von Journalisten beantwortet. Die jährliche Pressekonferenz fand im Pressezentrum des Außenministeriums in Moskau statt. Dabei äußerte sich Lawrow ausführlich zu den aktuellen Themen der NATO-Erweiterung und den Vorschlägen Russlands zu Sicherheitsgarantien. Vor dem Hintergrund der abgehaltenen Konsultationen mit der Allianz und den USA erklärte der russische Außenminister, Russland warte bezüglich der gemachten Vorschläge auf schriftliche Antworten der Vereinigten Staaten und der NATO:

"Wir erwarten Antworten unserer Kollegen, schriftliche Antworten, die zu Papier gebracht sein werden, so wie wir es mit unseren Vorschlägen getan haben. Aber in der Zwischenzeit werden wir natürlich weiter daran arbeiten, dass wir auf alle Entwicklungen vorbereitet sind." Die NATO versuche weiterhin, neue Mitglieder künstlich anzulocken, merkte der Chefdiplomat an. Dabei verwies Lawrow auf Finnland und Schweden. Russland respektiere die Souveränität Finnlands und Schwedens uneingeschränkt, so der Diplomat. Lawrow betonte, die Neutralitätspolitik dieser Länder sei einer der wichtigsten Beiträge zur gesamteuropäischen Architektur und zur Stabilität auf dem europäischen Kontinent: "Diejenigen, die die Souveränität Finnlands und Schwedens nicht respektieren, sind diejenigen, die sie mit allen Mitteln und um jeden Preis zu einem NATO-Beitritt veranlassen wollen."

Zudem sei ein NATO-Beitritt der Ukraine für Moskau inakzeptabel. Nach Ansicht des russischen Chefdiplomaten sei ein solches Szenario eine direkte Überschreitung der roten Linien. Ähnlich bewertete Lawrow die Stationierung von Waffen des Bündnisses auf dem Gebiet des Nachbarlandes. Auch das Vorhaben der EU, eine militärische Ausbildungsmission in die Ukraine zu entsenden, kritisierte Lawrow:

"Das heißt, sie wollen auch zur Ausbildung antirussischer Einheiten beitragen."

Seitens der EU betont man diesbezüglich, dass die Mission angesichts der angeblichen militärischen Aktivitäten Russlands nahe der ukrainischen Grenze ein "Ausdruck der Solidarität" mit der Ukraine sein werde. Der Kreml wies den Vorwurf einer Planung einer Invasion der Ukraine wiederholt zurück und wies darauf hin, dass es die NATO sei, die ihre Aktivitäten an den Grenzen zu Russland intensiviere.

Auf eine Frage bezüglich der Friedenstruppen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Kasachstan antwortete der russische Außenminister, dass diese auf Ersuchen der kasachischen Behörden dorthin entsandt worden seien. Nun würden die Kontingente die Republik wieder verlassen, während US-Truppen weiterhin im Irak verbleiben würden. Dies, obwohl das irakische Parlament deren Abzug gefordert habe. Gleichzeitig prangerte Lawrow die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an, da diese auf einen Angriff auf Journalisten in Kasachstan nicht reagiert habe.

Zu den Gerüchten über eine mögliche Einladung Kasachstans in den Unionsstaat Russland-Weißrussland sagte der Chefdiplomat, Russland werbe um niemanden:

"Wir haben ein Verfahren, bei dem wir, wenn sich jemand an uns wendet, selbstverständlich eine konstruktive Überprüfung vornehmen."

Unterdessen kündigte Lawrow an, dass der russische Präsident Wladimir Putin an der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Peking am 4. Februar teilnehmen wird. Am selben Tag sollen auch umfassende Gespräche auf hoher Ebene stattfinden, so der Chefdiplomat der Russischen Föderation.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e18c8fb480cc09ff606b74.jpg>

mil-lnr.su: **Pressekonferenz offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipinenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 7. bis 14. Januar 2022**

Heute berichte ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche. Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka und Krymskoje aus **Shelobok** mit 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

In **Richtung Staniza Luganskaja** haben Kämpfer der 79. Brigade von den Positionen in der Nähe von Kondraschewskaja Nowaja aus **Krasnyj Jar** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der letzten Woche wurden **18 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Es wurden insgesamt **sechs Ortschaften** in Richtung Debalzewo, Popasnaja, Slawjanoserbsk und Staniza Luganskaja mit 82mm- und 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Infolge von Beschuss wurden in Donezkij 11 Fenster eines Wohnhauses in der Uliza Furmanowa 44 und ein Wirtschaftsgebäude beschädigt. ...

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 57. Brigade in **Richtung**

Slawjanoserbsk auf Befehl des Brigadekommandeurs Mischantschuk wieder **Donezkij** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Zu unserem großen Bedauern **starb ein Soldat der Volksmiliz** bei der heldenhaften Verteidigung der Republik infolge der Aggression der Kiewer Kämpfer. Wir sprechen den Verwandten und Freunde des Toten unser Mitgefühl aus.

Durch eine erzwungene Erwidernng des Feuers mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurde die **Feueraktivität des Gegners unterdrückt**. Nach vorläufigen Informationen wurde ein ukrainischer Kämpfer vernichtet und zwei wurden verletzt.

In Verletzung des ersten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 30. Brigade eine **Drohne vom Typ Quadrocopter eingesetzt**. Beim Versuch ,den Luftraum der Republik im Gebiet von Logwinowo zu verletzen, wurde die **Drohne des Gegners rechtzeitig** entdeckt und dank organisierter Handlungen von Mannschaften der Luftabwehr und der elektronischen Kriegsführung unter Einsatz einer Station „Triton M1“ **zum Landen gezwungen**. ...

Unsere Aufklärung hat in der letzten Woche 14 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte** bemerkt, die in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **in sieben von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften** stationiert sind. ...

In fünf Gebieten wurden Fälle festgestellt, dass Drohnen der OSZE-Mission durch Mittel der elektronischen Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte blockiert wurden. ...

Ein Teil der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die die Erwidernng des Feuers von Seiten der Verteidiger der LVR fürchten, wollen ihr Leben nicht riskieren und nicht an provokativen Beschüssen des Territoriums der Republik teilnehmen.

So haben sich am 10. Januar während der Arbeit ukrainischer Medien und von Offizieren der Kräfte für informationspsychologische Operationen auf den Positionen der 24. Brigade im Gebiet von Solotoje und Popasnaja ukrainische Soldaten geweigert, selbständig das Feuer auf Forderung eines Offiziers der Propagandisten zu eröffnen und vor der Kamera über die positiven Perspektiven eines Eintritts der Ukraine in die NATO zu sprechen.

Dennoch erfolgte der Beschuss durch Kämpfer des „Rechten Sektors“, die im Verantwortungsbereich der 24. Brigade aktiv sind. Während der Arbeit auf den Positionen wurden Kämpfer des „Rechten Sektors“ als Soldaten der 24. Brigade dargestellt und gaben Interviews über den Wunsch aller Ukrainer, sich in EU und NATO zu integrieren. ...

In der letzten Woche betrug die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ vier Mann, davon ein Toter. ...

snanews.de: **Kein Nato-Beitritt Finnlands: Helsinki hält an seiner Sicherheitspolitik fest**
Finnland will nach Aussage von Außenminister Pekka Haavisto seine bisherige Sicherheitspolitik unverändert lassen und hat deshalb keine Pläne für einen Nato-Beitritt. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte Helsinki zuvor eine zügige Aufnahme in das Militärbündnis angeboten.

Finnland habe nicht vor, der Nato beizutreten, erklärte Haavisto beim Treffen der EU-Außenminister im französischen Brest vor Journalisten:

„Finnland führt keine Gespräche mit der Nato über einen Beitritt zu der Organisation und es hat auch keine solche Absicht für die Zukunft. Die finnische Sicherheitspolitik bleibt unverändert.“

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte Finnland und dessen Nachbarland Schweden am vergangenen Donnerstag überraschend für beitriffsreif erklärt. Die beiden Länder würden weitestgehend den Militärstandards der Nato entsprechen und könnten dem Bündnis „ziemlich rasch“ beitreten, falls sie sich politisch dazu entschlossen.

Diese Erklärung Stoltenbergs stimmt mit der Position des US-Außenministeriums überein: Vize-Außenministerin Victoria Nuland sagte zuvor, die USA seien zu Gesprächen mit

Finnland und Schweden über deren Beitritt zur Nato bereit, sollten diese Länder eine solche Absicht erkennen lassen.

Die russische Führung zeigte für die Verlautbarungen der Nato und der USA wenig Verständnis: Der Aufruf an Russland zur Deeskalation sei nicht nachvollziehbar, wenn die Nato gleichzeitig ihre Erweiterung und die Vergrößerung ihrer Truppenkontingente ins Gespräch bringe, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0e/5012390_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_ff9df33dd6fcc7f5bca1f16d273d0a4d.jpg

de.rt.com: **Unter dem Kommando der NATO: Dänemark verstärkt seine militärische Präsenz im Ostseeraum**

Gegen das vermeintlich aggressive Verhalten Russlands baut Dänemark seine militärische Präsenz in der Ostsee aus. Mit der Entsendung einer Fregatte und Kampfflugzeugen soll die Souveränität der baltischen Länder unterstützt werden. Die NATO hatte die Verstärkung durch die Dänen angefordert.

Die dänische Regierung entschied am 10. Januar die Fregatte "Peter Willemoes" mit 160 Soldaten, sowie vier F-16-Kampfflugzeugen und 70 Soldaten in die Ostsee zu entsenden. Damit soll sichergestellt werden, dass die NATO in der derzeitigen Sicherheitslage um die Ukraine über die notwendigen Fähigkeiten zur Abschreckung verfügt.

Der dänische Außenminister Jeppe Kofod ließ über eine Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums verlauten:

"Dies sendet ein starkes Signal dafür, dass Dänemark Mitverantwortung für die kollektive Sicherheit des Bündnisses übernimmt. Wir sind gemeinsam mit der NATO zu einem konstruktiven Dialog mit Russland bereit, um mögliche diplomatische Lösungen zu finden, aber wir müssen unsere Vorsichtsmaßnahmen treffen: Der Dialog muss mit der kontinuierlichen Verteidigung der Sicherheit des Bündnisses und der Wahrung der Grundprinzipien der europäischen Sicherheit einhergehen."

Die Fregatte wird ab Mitte Januar einsatzbereit sein. Später werden vier F-16-Kampfflugzeuge folgen. Der dänische Beitrag wird unter dem Kommando der NATO stehen, sich jedoch auf den Ostseeraum konzentrieren. Die NATO hatte die verstärkte Präsenz der Dänen eingefordert.

Im Zuge des NATO-Treffens mit Russland forderte Kofod auf Twitter, Moskau müsse Kooperation vor Konfrontation wählen. Über die Nachricht vermeintlicher Cyberangriffe auf ukrainische Regierungsseiten schrieb Kofod:

"Besorgniserregende Berichte über Cyberangriffe auf ukrainische Regierungswebseiten. Dänemark und die EU werden weiterhin die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unterstützen und darauf bestehende Drucktaktiken und aggressive Aktionen gegen die

Ukraine müssen sofort aufhören."

Der estnische Verteidigungsminister Kalle Laanet äußerte sich zu der Ausweitung der dänischen Militärpräsenz:

"Dies ist eine äußerst starke Abschreckungsbotschaft an Russland, die zeigt, dass wir geeint sind. (...) Wenn es Russlands Hauptziel ist, Verbündete zu spalten, dann zeigt das, was Dänemark mit seinen heutigen Entscheidungen getan hat, dass es in Wirklichkeit einen Trend zur Stärkung der Verbündeten gibt."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e16210b480cc77ae586ad7.jpg>